

Zeitschriften

Theologie und Religion

BÖTTIGHEIMER, CHRISTOPH, Apostolische Amtssukzession in ökumenischer Perspektive. In: *Catholica* Jhg. 51 Heft 4 (1997) S. 300–314.

Ohne eine Verständigung in der Amtsfrage kann es zwischen katholischer Kirche und Reformationskirchen keine Eucharistiegemeinschaft geben. Auf diesem Hintergrund läßt der Autor die bisher im ökumenischen Dialog erzielten Konvergenzen im Amtsverständnis Revue passieren und macht die noch nicht bewältigte Differenz beim Thema Sukzession fest: Heute erweise sich weniger die Frage nach der Sakramentalität der Kirche als Crux einer *Una Sancta* als jene nach der sakramentalen Zeichenhaftigkeit ihrer Elemente. Weiterzukommen ist nach Meinung Böttigheimers nur, wenn die Frage der sakramentalen Zeichenhaftigkeit apostolischer Amtssukzession in den Kontext der durch Gottes Geist gewirkten Apostolizität der Kirche verwiesen wird. Die Gültigkeit kirchlicher Ämter hänge so nicht mehr allein von der Erfüllung institutioneller Kriterien ab, „sondern von einem geistlichen Urteil über die geistliche Ursprungstreue nichtkatholischer Kirchen und Gemeinschaften“. Die Anerkennung protestantischer Ämter steht und fällt für den Autor nicht mit der Ordinationssukzession; sie entscheidet sich vielmehr „anhand der *successio apostolica* der gesamten Kirche und der geistlichen Früchte ihrer Ämter“. Die Theologie solle die jeweiligen Kirchenleitungen bitten, auf dem Hintergrund einer betont vom Geist her konzipierten Ekklesiologie die Möglichkeit einer gegenseitigen Anerkennung kirchlicher Ämter zu prüfen.

SCHOLTEN, CLEMENS. Probleme der Gnosisforschung: alte Fragen – neue Zugänge. In: *Communio* Jhg. 26 Heft 6 (November/Dezember 1997) S. 481–501.

Bei der Bezeichnung neuerer religiöser Phänomene ist der Begriff der „Gnosis“ in aller Munde. Bei genauerem Hinsehen jedoch zeigen sich eine Reihe von Schwierigkeiten, etwa schon bei der Frage, was man in der Geschichte unter Gnosis verstand. Von einer einheitlichen Beurteilung sei man in der Forschung weit entfernt. In der Vergangenheit habe sich der Begriff „Gnosis“ zur Bezeichnung eines „in gewissen Grundkonstanten

einheitlichen universalen spätantiken Religionsgebildes“ herausgebildet. Beim Vergleich der antiken und modernen Bedeutung des Wortes zeige sich, daß „Gnosis“ in der Antike kein eine religiöse Einheit stiftender Allgemeinbegriff und kein Bekenntnis gewesen sei. Damit solle nicht bestritten werden, daß nicht gewisse durchgängige Denktypen entwickelt worden seien bzw. daß „Gnostiker“ in ähnlichen Organisationsformen wie ihre Zeitgenossen gelebt hätten. Dies sei aber nicht im festen Bewußtsein einer Zugehörigkeit zu einem Bekenntnis namens „Gnosis“ geschehen. Erst die wissenschaftliche, in konfessionelle Kontroversen verstrickte Forschung der Neuzeit habe einen solchen Gnosisbegriff geschaffen. Unter Verweis auf die Kirchenväter des 2. und 3. Jahrhunderts kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß es sich bei der Gnosis nicht um ein Phänomen außerhalb vorhandener Religionsformen, sondern um „innere Entwicklungen im Schmelztiegel der Begegnungen von Traditionen, um Möglichkeitsbedingungen für Abläufe (handelt), die sich in unterschiedlichen Traditionen durch die Herausforderungen der geistigen Pendanten parallel vollziehen“.

Kultur und Gesellschaft

JEISMANN, MICHAEL. EUR Land! Die politische Seite der Münze. In: *Kursbuch* Heft 130 (Dezember 1997), 29–37.

Nachdem vor Jahrzehnten mit dem Scheitern einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der traditionelle Weg der Staatenbildung versperrt gewesen sei, habe die Politik darauf gesetzt, den europäischen Einigungsprozeß vornehmlich ökonomisch-funktional voranzutreiben. Je weiter aber die wirtschaftliche Integration vorangeschritten sei, habe man sich wieder dem Politischen genähert. Wenn Wirtschaft und Politik lange Zeit Parallelen gewesen seien, sieht der Autor in seinem Beitrag für das *Kursbuch*-Thema „Das liebe Geld“ jetzt mit dem „Abenteuer europäische Währungsunion“ den Punkt gekommen, an dem sich diese Linien kreuzen. Zugleich überschritten Staaten und ihre Politiker eine Grenze, hinter der eine unbekannte europäische Welt beginne. Dabei stellt Jeismann fest, bislang schein es eine Qualität der Europäischen Union gewesen zu sein, nie dem „großen Sprung“ getraut zu haben.

Gerade in Halbheit und Langsamkeit, in der Stückelung von Entscheidungen habe anscheinend das Erfolgsgeheimnis der europäischen Integration gelegen; manche Ungeklärtheit habe die Chancen politischer Handlungsfähigkeit begründet. Solche Flexibilität, zu der eben auch die dauernde Ungleichzeitigkeit zwischen Wirtschaft und Politik gehört habe, gebe allerdings der Währungsunion den Anstrich des Unwägbareren.

WIESENDAHL, ELMAR. Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1–2/98, 2. Januar 1998, S. 13–28.

Zu Beginn des Bundestagswahljahres geht der Autor der Frage nach, in welchem Zustand sich die beiden großen Parteien in Deutschland, CDU und SPD, befinden. Dabei weist er mit verschiedenen Indikatoren auf eine anhaltende Erosion der Wähler- und Mitgliederbasis hin sowie auf organisatorische Struktur- und Funktionschwächen. Bei der Frage nach den Ursachen dieser Veränderungen verweist er auf die bekannte Schrumpfung bzw. teilweise Selbstauflösung der traditionellen Milieus in Deutschland hin einschließlich der Ungleichzeitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß auch gesellschaftliche Beharrungskräfte weiter existieren. Die Hinwendung der noch traditionsverhafteten Großparteien zu „mobilen Trägergruppen der gesellschaftlichen Moderne“ (anstelle der früheren Milieus) mache die Parteien aber nicht für jedermann wählbar. Gleichwohl habe ihnen die „Reviererweiterung“ über das Stammwählerpotential hinaus zusätzliche Stimmanteile bei den neuen Mittelschichten eingebracht. Gleichzeitig habe sich aber mit der erweiterten Wählerbasis und dem vergrößerten Vertretungsspektrum der Großparteien auch deren Milieuverwurzelung gelockert. Die Parteien steckten in einer „Repräsentationszwickmühle“ und „Modernisierungsfalle“. Einerseits könnten sie sich ihrer wählerischer und unberechenbarer gewordenen Stammwähler nicht mehr sicher sein. Andererseits bringe auch der Anschluß an die ungebundenen neuen Mittelschichten nicht den erhofften dauerhaften Ertrag, um die Mobilisierungs- und Einbindungsverluste im schrumpfenden Kernanhängerbereich kompensieren zu können.